



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 34/19 • 26.09.2019



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

auch diese Woche stand wieder ganz im Zeichen des Brexit-Dramas. Das oberste britische Gericht, der Supreme Court, erklärte am Dienstag die von Premierminister Johnson auferlegte Zwangspause des Parlaments, die sogenannte Prorogation, für rechtswidrig und hob dessen Entscheidung mit sofortiger Wirkung auf. Für den Regierungschef kommt dies einer empfindlichen Niederlage gleich.

Die britischen Abgeordneten trafen nach dem Urteil am Mittwoch bereits wieder zusammen. Die von Johnson verordnete Parlamentspause, die am 10. September begonnen hatte, sollte ursprünglich bis zum 14. Oktober dauern. Ende Oktober will das Land aus der Europäischen Union austreten. Wie es allerdings nun weitergeht ist mehr als offen.

Großbritannien verfügt, anders als beispielsweise Deutschland, keine in einem einzelnen Dokument niedergelegte Verfassung. Sie besteht stattdessen aus einer ganzen Reihe von Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Konventionen. Die Entscheidung des Supreme Court kann daher nachwirken auf zukünftige Rechtsstreitigkeiten.

Mit besten Grüßen

Daniel Wentzlaff
Stellvertretender Leiter der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wentzlaff

Wentzlaff

Wentzlaff



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Ursula von der Leyen präsentiert ihr künftiges Presseteam	
• Europäische Kommission – Positive Bilanz zum Europäischen Haftbefehl	
• Europäische Kommission - EU-Zoll 2018	
• EU-Bericht über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt	
• Europawahlen 2019 - Rekordbeteiligung bei jungen Menschen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• „Juncker-Plan“ löst Investitionen von 433 Milliarden Euro aus	
• Fortschritte bei Gesprächen zu Transit von russischem Gas durch die Ukraine	
• Gewinner des 31. EU-Wettbewerbes für junge Wissenschaftler	
• EU unterstützt Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen	
• Stärkere Nutzung von recycelten Kunststoffen	
• EU-Schnellwarnsystem sorgt weiterhin für höchste Lebensmittelsicherheit	
<u>Was, wann, wo</u>	14
• Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung Brüssel	
• Bauhaus 100	
<u>Ausschreibungen</u>	17
• Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019	
• Altiero-Spinelli –Preis - Wettbewerb um Wissen über die EU gestartet	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
• Tipp - Reiserechte im Ausland selbst durchsetzen	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Ursula von der Leyen präsentiert ihr künftiges Presseteam

Die gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 24. September den Kern ihres Führungsteams für die Pressearbeit der künftigen Kommission präsentiert: Jens Flosdorff als Chefberater für Kommunikation im Kabinett der Präsidentin, zugleich verantwortlich für die persönlichen Medienaktivitäten der Präsidentin, Eric Mamer als Chefsprecher der neuen Kommission und Dana Spinant als stellvertretende Chefsprecherin der neuen Kommission.

Jens Flosdorff, deutscher Staatsangehöriger mit rund 15 Jahren Erfahrung in politischer Kommunikation, ist derzeit Mitglied des Übergangsteams der gewählten Präsidentin der Europäischen Kommission. Er war zuvor rund zehn Jahre lang Kommunikationschef im deutschen Bundesministerium der Verteidigung wie auch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009-2019). Davor hatte er die Position als Chefsprecher, beziehungsweise stellvertretender Chefsprecher im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005-2009) sowie als stellvertretender Chefsprecher im Sozialministerium Niedersachsen inne (2004-2005). In allen diesen genannten Funktionen hat Jens Flosdorff eng mit Ursula von der Leyen zusammengearbeitet. Vor seinem Eintritt in den Staatsdienst arbeitete er als Journalist in Hannover (2000-2004).

Eric Mamer, französischer Staatsangehöriger, ist momentan Direktor in der Europäischen Kommission für die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU. Dort verantwortet er das Dossier Wettbewerbsfähigkeit und Europäisches Semester. In den 25 Jahren, die er bereits für die Europäische Kommission tätig ist, sammelte Eric Mamer Fach- und Führungserfahrung in etlichen Politikbereichen aber auch in der Kommunikation. Von 2012 bis 2016 war Mamer stellvertretender Kabinettschef von Günther Oettinger als zuständiger Kommissar für Energie und Digitales. Von 2005 bis 2012 diente er als Referatsleiter sowohl in der Generaldirektion für Haushalt als auch in der Generaldirektion für Kommunikation. Zwischen 1999 und 2004 sammelte Eric Mamer Erfahrung als Pressesprecher für zwei Kommissare der Europäischen Kommission.

Dana Spinant, rumänische Staatsangehörige, ist momentan Direktorin in der Europäischen Kommission für die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung. Dort ist sie zuständig für Haushalt, Kommunikation und allgemeine Angelegenheiten. Davor verantwortete sie als Referatsleiterin die Dossiers Irreguläre Einwanderung (2015-2017) und Anti-Drogen-Politik (2010-2014). Vor ihrem Eintritt in die Europäische Kommission war Dana Spinant 15 Jahre im Journalismus tätig, unter anderem als Herausgeberin und stellvertretende Herausgeberin der *European Voice* (2002-2009), als stellvertretende Herausgeberin von *EUobserver.com* (2001-2002) sowie als Nachrichtenchefin und Brüssel-Korrespondentin für mehrere rumänische TV-Sender.

Eric Mamer und Dana Spinant werden ihre neuen Funktionen mit dem Beginn der Präsidentschaft Ursula von der Leyens aufnehmen - gemäß den Europäischen Verträgen am 1. November 2019. Der derzeit amtierende Sprecherdienst der Europäischen Kommission bleibt in der Verantwortung, bis das Mandat der Juncker-Kommission ausläuft.

• *eag Quelle: PM KOM*



Europäische Kommission – Positive Bilanz zum Europäischen Haftbefehl

Der Europäische Haftbefehl ist das am häufigsten verwendete EU-Instrument der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Über 17.000 Europäische Haftbefehle wurden im Jahr 2017 ausgestellt, die meisten von Deutschland (2.600), wie aus einem am 18. September vorgelegten Bericht der EU-Kommission hervorgeht. Auch die Frist bis zur Überstellung der Tatverdächtigen von einem Mitgliedstaat in den anderen hat sich spürbar verkürzt. Bevor es den Europäischen Haftbefehl gab, dauerte ein Auslieferungsverfahren im Schnitt ein Jahr, jetzt sind es nur noch 15 Tage, wenn der Tatverdächtige der Übergabe zustimmt, oder 40 Tage, wenn dies nicht der Fall ist. Damit ist der 2004 eingeführte Europäische Haftbefehl zu einem Schlüsselement bei der Kriminalitätsbekämpfung und zu einem wichtigen Faktor für die innere Sicherheit in der EU geworden.

EU-Justizkommissarin Věra Jourová erklärte: „Dank des Europäischen Haftbefehls leben die EU-Bürger an einem sichereren Ort. Egal, wo sich Kriminelle und Terroristen in Europa verstecken, sie werden vor Gericht gestellt. Dieses Beispiel zeigt, dass die EU auf gegenseitigem Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit beruht. Sein Erfolg hängt von der guten Zusammenarbeit der europäischen und nationalen Behörden ab.“

Die Unionsbürger genießen innerhalb der EU Freizügigkeit – sie können arbeiten, studieren oder Urlaub machen, wo es ihnen gefällt. Aber offene Grenzen sollten nicht dazu führen, dass sich Straftäter der Justiz schlichtweg dadurch entziehen, dass sie sich in einen anderen Mitgliedstaat absetzen. Der Europäische Haftbefehl, den es seit 2004 gibt, ist ein wirksames Instrument, um die Auslieferung eines Tatverdächtigen aus einem anderen Mitgliedstaat zu erwirken und Schlupflöcher innerhalb Europas zu schließen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 18.09.2019](#)

[Bericht zum Europäischen Haftbefehl](#)

Europäische Kommission - EU-Zoll 2018

Zollbeamte haben im vergangenen Jahr rund 20 Prozent mehr gefälschte Waren beschlagnahmt als im Jahr 2017. Das gab die Europäische Kommission am 19. September bekannt. Der starke Anstieg ist auf die große Menge an kleinen, per Express und Postversand verschickten Paketen zurückzuführen.

Die Zahl der abgefangenen Sendungen stieg von 57.433 im Jahr 2017 auf 69.354 im Jahr 2018 an, obwohl die Gesamtmenge an beschlagnahmten Artikeln im Vergleich zu den Vorjahren zurückging.

In Deutschland stieg die Zahl der abgefangenen Sendungen von 18.888 im Jahr 2017 auf 33.421 im Jahr 2018. Die Zahl der Artikel stieg von knapp 3 Millionen auf rund 4,7 Millionen.

2018 wurden knapp 27 Millionen Artikel beschlagnahmt, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen. Insgesamt hatten sie einen Marktwert von fast 740 Mio. Euro.

Zigaretten stellen mit 15 Prozent der Gesamtmenge an beschlagnahmten Waren die wichtigste Warenkategorie dar. Es folgen Spielwaren (14 Prozent), Verpackungsmaterial (9 Prozent), Labels, Etiketten und Aufkleber (9 Prozent) sowie Kleidung (8 Prozent). Produkte für den täglichen persönlichen Gebrauch, wie Körperpflegeprodukte, Medikamente, Spielwaren und elektrische Haushaltsgeräte, machten fast 37 Prozent der beschlagnahmten Artikel aus.



Waren, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen, kamen nach wie vor hauptsächlich aus China. Gefälschte alkoholische Getränke stammten vorwiegend aus Nordmazedonien. Die Türkei war das wichtigste Herkunftsland für andere Getränke, Parfüme und Kosmetikprodukte. Die EU-Zollbehörden entdeckten eine große Zahl von gefälschten Uhren, Mobiltelefonen und Zubehör, Tintenpatronen und Tonern, CDs/DVDs, Labels, Etiketten und Aufklebern aus Hongkong (China). Computerausrüstung stammte hauptsächlich aus Indien, Zigaretten aus Kambodscha und Verpackungsmaterial aus Bosnien und Herzegowina.

Ein weiterer ergänzender Bericht wurde von der Beobachtungsstelle des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) veröffentlicht: „[Report on EU enforcement of IPRs: results at EU borders and in Member States covering the period 2013-2017](#)“. Dieser Bericht, der sich auch auf Daten der GD TAXUD stützt, ergänzt den Bericht über Tendenzen bei der Beschlagnahme an den Grenzen in den vergangenen Jahren um Daten über Beschlagnahmen durch die nationalen Strafverfolgungsbehörden auf dem Binnenmarkt.

Eine frühere Studie zeigt auch, dass sich die unmittelbaren Umsatzverluste, die EU-Unternehmen durch nachgeahmte Waren entstehen, auf 56 Mrd. Euro jährlich belaufen, was einem Verlust von nahezu 468.000 Arbeitsplätzen entspricht. Berücksichtigt man die Folgewirkungen für andere Wirtschaftszweige, betragen die Umsatzverluste insgesamt bis zu 92 Mrd. Euro. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Der vollständige Bericht ist [hier](#) abrufbar.

Das Informationsblatt ist [hier](#) abrufbar.

Der EUIPO-Bericht „EU enforcement of IPRs: results at EU borders and in MSs covering the period 2013-2017“ ist [hier](#) abrufbar.

EU-Bericht über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt

Fast 40 Prozent der Arbeitskräfte in der EU verfügen über keine oder fast keine digitalen Kenntnisse, während die Zahl der Absolventen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien in vielen EU-Mitgliedstaaten unter dem Bedarf liegt. Die Lücke bei den digitalen Qualifikationen klafft nach wie vor und droht in vielen EU-Ländern größer zu werden. Das ist eines der Ergebnisse des Berichts über den Wandel der Arbeit und der Fähigkeiten im digitalen Zeitalter, den die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission am 24. September vorgestellt hat.

Der Bericht analysiert, wie sich Technologien auf die Arbeitsmärkte auswirken und was in der Bildungspolitik getan werden, um die digitalen Fähigkeiten zu verbessern. Insbesondere bietet der Bericht neue Recherchen und Daten zum Zusammenspiel von neuen Technologien, Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisation, zum Umfang und der Art der Arbeit, die durch digitale Arbeitsplattformen vermittelt wird sowie zu laufenden strukturellen Veränderungen auf dem EU-Arbeitsmarkt.

Im Jahr 2018 legte die Kommission ihren Aktionsplan für die digitale Bildung vor, der ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Bildungsraums ist. Die EU hat auch konkrete Initiativen ergriffen, die den Menschen helfen, in einer digitalen Welt erfolgreich zu sein. Dazu zählen die Qualifikationsagenda für Europa, neue EU-Vorschriften für transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen und eine Empfehlung des Rates über den Zugang zum Sozialschutz. Schließlich hat die Europäische Kommission im Rahmen des künftigen langfristigen EU-



Haushalts (2021-2027) ein Programm für das digitale Europa in Höhe von 9,2 Mrd. Euro vorgeschlagen, um auf die aufkommenden digitalen Herausforderungen zu reagieren.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Bericht: The changing nature of work and skills in the digital age](#) (Englisch)

Europawahlen 2019 - Rekordbeteiligung bei jungen Menschen



Die hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 geht laut einer vom EP im Juni in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfrage auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen zurück.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage nach der vergangenen Europawahl, einer der umfangreichsten quantitativen öffentlich zugänglichen Umfragen zu dieser Wahl, zeigen, dass die Wahlbeteiligung hauptsächlich von der jüngeren Generation in der gesamten EU getragen wurde. Insbesondere junge Bürger unter 25 Jahren (+14 Prozentpunkte) sowie die 25- bis 39-jährigen (+12 Punkte) beteiligten sich häufiger als zuvor.

Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 50,6% und damit auf dem höchsten Stand seit 1994. 19 Mitgliedstaaten verzeichneten im Vergleich zur Europawahl 2014 einen Anstieg der Wahlbeteiligung, insbesondere Polen, Rumänien, Spanien, Österreich, Ungarn und Deutschland sowie die Slowakei und Tschechien, wo die Wahlbeteiligung traditionell sehr niedrig ist. Andererseits ist die Wahlbeteiligung nur in acht Ländern zurückgegangen, allerdings um weniger als 3 Prozentpunkte. In fünf Ländern - Belgien, Bulgarien, Luxemburg, Zypern und Griechenland - herrscht Wahlpflicht.

"Die deutliche Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl vom vergangenen Mai zeigt, dass die Menschen, insbesondere die jüngeren, ihre demokratischen Rechte schätzen und glauben, dass die Europäische Union stärker ist, wenn sie gemeinsam auf ihre Anliegen eingeht", erklärte David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments.

Auch der Brexit spielte eine Rolle, denn 22% der Befragten gaben an, es habe ihre Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen, beeinflusst, zumindest „teilweise“.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Wähler bei der Europawahl 2019 auch dadurch motiviert wurden, dass sie stärker den Drang verspürten, ihre bürgerlichen Pflichten wahrzunehmen, das Gefühl hatten, dass Wahlen etwas verändern können, und dass sie die EU stärker unterstützen. Die Studie zeigt, dass die wichtigsten Themen im EU-Durchschnitt, die die Wähler zur Beteiligung motiviert hatten, Wirtschaft und Wachstum (44%) sowie der Klimawandel (37%) waren. Weitere Anreize waren die Themen Menschenrechte und Demokratie (37%), Zukunft der EU (36%) und Migration (34%). Während die Wirtschaft in 16 Mitgliedstaaten das wichtigste Thema für die Wähler war, führte der Klimawandel in acht Ländern die Liste an.

"Bei dieser Wahl haben in zunehmender Zahl jüngere, europafreundlichere und engagiertere Bürger ihre Stimme abgegeben. Dies hat die Legitimität des Europäischen Parlaments gestärkt, sowie die Abgeordneten, sei es bei ihrer baldigen Abstimmung über die neue Europäische Kommission als auch bei ihrer Pflicht, diese neue Kommission dann während der nächsten fünf Jahre regelmäßig zur Rechenschaft zu ziehen", sagte Sassoli.

Mehr als zwei Drittel der Befragten (68%) in der EU28 sind der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft ihrem Land genutzt hat, der höchste gemeinsame Wert seit 1983. Mehr als die



Hälfte der Europäer (56%) sind sich auch einig, dass ihre eigene Stimme in der EU zählt, ein Anstieg von sieben Prozentpunkten von Februar bis März 2019 und das positivste Ergebnis für diesen Indikator seit 2002.

Im Hinblick auf die Sensibilisierung der Wähler für die diesjährige Wahl erinnerten sich 44% der Befragten daran, Aufrufe des Europäischen Parlaments gesehen oder gehört zu haben, mit denen die Bürger zur Stimmabgabe ermutigt werden sollten. Dieser Wert ist am höchsten unter den Befragten, die tatsächlich ihre Stimme abgegeben haben (50%), aber auch 39% der Nichtwähler erinnern sich an die Aufrufe des Parlaments. Ein wichtiges Ergebnis der Umfrage ist, dass die Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 zunehmend auf Bürger zurückging, die nicht regelmäßig wählen würden. Der relative Anteil der Befragten hingegen, die angaben, dass sie immer zur Wahl gehen, ist im Vergleich zu 2014 um 6 Punkte gesunken.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass der Zusammenhang zwischen der Überzeugung der Bürger, dass ihre eigene Stimme in der EU zählt, und ihrer Beteiligung an der Europawahl wichtig ist. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

„Juncker-Plan“ löst Investitionen von 433 Milliarden Euro aus

Mit der Europäischen Investitionsoffensive (auch „Juncker-Plan“ genannt) werden nach den jüngsten Zahlen nun voraussichtlich 433,2 Mrd. Euro an Investitionen veranlasst. Im September 2019 beliefen sich die im Rahmen des Juncker-Plans genehmigten Transaktionen aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) auf 79,7 Mrd. Euro, die wiederum ein Vielfaches an privaten Investitionen in allen 28 Mitgliedstaaten freisetzen. Es wird erwartet, dass rund 972.000 Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von einem verbesserten Zugang zu Finanzmitteln profitieren werden.

Derzeit sind Griechenland, Estland, Portugal, Bulgarien, Lettland und Portugal die fünf Länder mit den höchsten Investitionen aus dem Juncker-Plan im Verhältnis zum BIP. Die Europäische Investitionsbank hat Finanzierungen im Wert von 57,8 Mrd. Euro für Infrastruktur- und Innovationsvorhaben genehmigt, die zusätzliche Investitionen in Höhe von 262,6 Mrd. Euro generieren dürften, während der Europäische Investitionsfonds (EIF), der zur EIB-Gruppe gehört, Vereinbarungen mit zwischengeschalteten Banken und Fonds zur Finanzierung von KMU im Wert von 21,9 Mrd. Euro genehmigt hat, die voraussichtlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 170,6 Mrd. Euro bewirken werden.

Das Gesamtfinanzierungsvolumen aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) in Deutschland beläuft sich auf 7,7 Mrd. Euro und soll 34 Mrd. Euro an Folgeinvestitionen mobilisieren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Eine Aufschlüsselung nach Ländern finden Sie auf der [Website der Investitionsoffensive](#)
[Ergebnisse des Juncker-Plans in Deutschland](#)

Fortschritte bei Gesprächen zu Transit von russischem Gas durch die Ukraine

Bei einer dritten Runde politischer Gespräche zum langfristigen Transit von russischem Gas haben Russland und die Ukraine unter Vermittlung der Europäischen Kommission in zentralen Punkten angenähert. Das gab EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič, zuständig für die Energieunion, am 20. September Nachmittag in Brüssel bekannt. „Vor allem haben sich beide Seiten grundsätzlich darauf geeinigt, dass ein zukünftiger Vertrag auf EU-Recht basieren wird“, sagte er.

So habe es deutliche Fortschritte bei der Entbündelung von Naftogaz gegeben. Šefčovič lobte die Annahme eines Fahrplans auf ukrainischer Seite, der den Weg für die Einrichtung eines vollständig entbündelten unabhängigen Übertragungsnetzbetreibers ebne, der bis Ende dieses Jahres eingerichtet und nach EU-Recht zertifiziert werden könne.

„Wir haben der russischen Seite erläutert, dass die Ukraine die EU-Vorschriften schrittweise umsetzt und ein künftiger Vertrag diese einhalten muss“, sagte Šefčovič.

An den Gesprächen nahmen neben den Energieministern der Ukraine, Oleksij Orschel, und Russlands, Alexander Nowak, auch die CEOs der Energiekonzerne Naftogaz und Gazprom teil.



Auch zur Dauer eines künftigen Vertrags und den darin festgelegten Mengen und Tarifen habe es grundsätzliche Übereinstimmung zu wichtigen Punkten gegeben. „Wir brauchen eine Einigung über alle drei Elemente, da sie miteinander verbunden sind. Die Mengen sind entscheidend für die Tarifgestaltung. Die Laufzeit eines Zukunftsvertrages ist wichtig für Investitionen in das ukrainische Transitsystem. Für die Ukraine ist ein gut funktionierender Transit mit Volumen für die EU-Verbraucher das wichtigste Thema. Russland legt den Schwerpunkt auf den Direktvertrieb an ukrainische Verbraucher. Diese Fragen werden wir weiter diskutieren“, erklärte Šefčovič.

Eine nächste Runde politischer Gespräche auf Ministerebene soll Ende Oktober stattfinden, um bis Ende dieses Jahres alle offenen Fragen zu klären. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Statement von Vizepräsident Šefčovič nach dem Treffen](#)

Gewinner des 31. EU-Wettbewerbes für junge Wissenschaftler



Am 17. September hat die EU-Kommission die Gewinner des 31. EU-Wettbewerbes für junge Wissenschaftler in Sofia bekannt gegeben. Dabei errang ein deutsches Jugendforscher-Duo aus Waldshut am Bodensee gemeinsam mit drei anderen Projekten den ersten Platz des EU Contest for Young Scientists (EUCYS). Die beiden 18-jährigen Jungingenieure entwickelten ein lenkbares Hoverboard, das aufgrund eines Magnetfeldes über dem Boden schwebt. Des Weiteren wird die Europäische Kommission mit Hilfe des Europäischen Innovationsrates (EIC) insgesamt 210 Mio. Euro in 108 innovative Projekte investieren, elf von ihnen kommen aus Deutschland. Die Förderung wird ihnen helfen, ihre Innovationen schneller auf den Markt zu bringen.

Der für Forschung, Wissenschaft und Innovation zuständige Kommissar Carlos Moedas sagte dazu: „Jedes der Unternehmen, die über den Europäischen Innovationsrat finanziert werden, bietet eine Lösung für ein Problem, das den Alltag der Europäer betrifft, sei es in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Energie und mehr. Obwohl sich das Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrates noch in der Anfangsphase seiner Entwicklung befindet, hat es bereits positive Auswirkungen auf die europäischen Bürger.“

Zu den ausgewählten Projekten gehören unter anderem eine hybride Simulationsplattform für die Neurochirurgie und ein anti-metastasierender Krebsimpfstoff. Deutsche Projekte, die eine Förderung erhalten haben, forschen u.a. an hauchdünnen LED-Bildschirmen, besserer Proteinproduktion für günstige Medikamente und risikofreien Zahnimplantaten.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Webseite EU Contest for Young Scientists \(EUCYS\)](#)

[Informationen zum Europäischen Innovationsrates \(EIC\)](#)

[FAQ zum Europäischen Innovationsrat \(EIC\)](#)



EU unterstützt Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen

Der für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständige Kommissar Neven Mimica kündigte am 24. September am Rande der UN-Vollversammlung an, dass die EU den Internationalen Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen mit 2 Mio. Euro unterstützen wird. Kommissar Mimica hat den Friedensnobelpreisträger [Dr. Denis Mukwege](#) ([link is external](#)) in New York getroffen, der den Fonds gemeinsam mit der [Nadia Murad](#) gegründet hat.

Kommissar Mimica erklärte: „Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine der schwersten Verletzungen der Menschenrechte. Sie ist mit enormen Kosten für den Einzelnen und die Gesellschaft verbunden. Mit einem Beitrag von 2 Mio. Euro zu diesem Fonds wollen wir heute Frauen erreichen, die den unsäglichen Schmerz der sexuellen Gewalt in Kriegs- und Konfliktsituationen erleiden mussten - und ihnen die Unterstützung geben, die sie für den Wiederaufbau ihres Lebens benötigen.“

Der Fonds basiert auf den Verpflichtungen der Vereinten Nationen, der Arbeit der Friedensnobelpreisträger Dr. Denis Mukwege und Nadia Murad sowie den Stimmen von Überlebenden konfliktbezogener sexueller Gewalt weltweit. Die offizielle Vorstellung des Fonds wird voraussichtlich am 30. Oktober 2019 bei den Vereinten Nationen in New York stattfinden. Länder wie Frankreich und Deutschland haben ebenfalls ihre Unterstützung für den Fonds angekündigt. Auf dem G7-Gipfel in Biarritz im August 2019 hatte die EU einen Beitrag von 1 Mio. Euro zum Fonds angekündigt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

11

Stärkere Nutzung von recycelten Kunststoffen

Bis zum Jahr 2025 sollen in Europa jährlich zehn Millionen Tonnen recycelter Kunststoffe bei der Herstellung neuer Produkte eingesetzt werden. Dazu haben sich am 20. September mehr als 100 öffentliche und private Partner in der [Erklärung](#) der [Allianz für die Kunststoffkreislaufwirtschaft](#) verpflichtet, darunter BASF, Henkel und mehrere deutsche Verpackungshersteller. Die Erklärung kann auf der [Website der Kommission](#) auch weiterhin – insbesondere durch Behörden aus ganz Europa – unterzeichnet werden. Wirtschaftsverbände und Unternehmen sind ebenfalls aufgefordert, [freiwillige Zusagen](#) zur stärkeren Verwendung bzw. Herstellung recycelter Kunststoffe abzugeben. Interessenten können unter folgender Adresse weitere Auskünfte erhalten: GROW-ENV-RPLASTICS-PLEDGE@ec.europa.eu

In der Erklärung wird dargelegt, wie die Allianz das Ziel erreichen wird. Dieses Ziel wurde von der Europäischen Kommission 2018 im Rahmen ihrer [Strategie für Kunststoffe](#) festgelegt und soll einen Beitrag zu den Bemühungen zur Förderung des Recyclings von Kunststoffen in Europa leisten.

In der von kleinen und mittleren Firmen, Großunternehmen, Wirtschaftsverbänden, Normungsgremien, Forschungseinrichtungen sowie lokalen und nationalen Behörden unterzeichneten Erklärung wird die Zielvorgabe von zehn Millionen Tonnen gebilligt. Ferner wird dazu aufgerufen, keine Kunststoffabfälle mehr in die Natur gelangen zu lassen und unbehandelte Abfälle nicht mehr in Deponien zu entsorgen.



Die Erklärung enthält folgende konkrete Maßnahmen zur Erreichung des Ziels:

- Verbesserung der Gestaltung von Kunststoffprodukten, damit diese leichter recycelt werden können und mehr recycelte Kunststoffe enthalten;
- Erschließung des ungenutzten Potenzials für die Sammlung, das Sortieren und das Recycling von Kunststoffabfällen in der gesamten EU sowie Ermittlung der entsprechenden Investitionslücken;
- Erarbeitung einer Forschungs- und Entwicklungsagenda für eine kreislauforientierte Kunststoffwirtschaft;
- Einrichtung eines transparenten und zuverlässigen Überwachungssystems zur Erfassung aller Ströme von Kunststoffabfällen in der EU.
- • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

EU-Kunststoffstrategie: [Pressemitteilung](#), [Factsheets](#) und [Memo](#).

EU-Schnellwarnsystem sorgt weiterhin für höchste Lebensmittelsicherheit

Das Europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) hat am 17. September in seinem [Bericht](#) Bilanz für das Jahr 2018 gezogen. Im vergangenen Jahr wurden besonders viele Meldungen von Listerien in gefrorenem Mais verzeichnet - unter anderem in Deutschland, Dänemark und Frankreich - wobei betroffene Produkte dank des Schnellwarnsystems schnell nachverfolgt und vom Markt genommen werden konnten. Deutschland hat im EU-Vergleich mit 363 Fällen die meisten Risikofälle gemeldet. Nach dem Fipronil-Vorfall im Jahr 2017 haben sich die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission auf [19 spezifische Maßnahmen](#) zur Verstärkung der Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug geeinigt. Am Häufigsten wurden im vergangenen Jahr Pilzgifte in Nüssen und Quecksilber in Fischprodukten beanstandet.



Das Schnellwarnsystem RASFF besteht seit nun 40 Jahren und wird fortlaufend weiterentwickelt. Im Jahr 2018 haben die Mitgliedstaaten 3699 Fälle von Lebensmittel- oder Futtermittelrisiken beim Europäischen Schnellwarnsystem gemeldet, von denen 1118 als „alarmierend“ eingestuft wurden – das heißt, dass ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko vorliegt und Lebensmittelunternehmen und -behörden schnell handeln

müssen. Wie in den Vorjahren betraf 2018 nur ein kleiner Prozentsatz der Meldungen Futtermittel (9 Prozent) und Lebensmittelkontaktmaterialien (4 Prozent).

Nach der Ministerialen Konferenz nach dem Fipronil-Vorfall, die im September 2017 stattgefunden hat und bei der [19 spezifische Maßnahmen](#) zur Verstärkung der Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug beschlossen wurden, hat die Kommission einen Durchführungsbeschluss angenommen, um das Krisenmanagement im Bereich der Lebensmittel – und Futtermittelsicherheit zu verbessern. Der Hauptzweck dieses Plans ist der Schutz der Öffentlichkeit, indem die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten weiter ausgebaut wird.

Die EU hat einen der höchsten Lebensmittelsicherheitsstandards der Welt - vor allem dank des soliden EU-Rechts, das die Sicherheit von Lebensmitteln für die Verbraucher gewährleistet. Ein wichtiges Instrument, um den Informationsfluss sicherzustellen und eine schnelle Reaktion zu ermöglichen, wenn in der Lebensmittelkette Risiken für die öffentliche



Gesundheit festgestellt werden, ist RASFF - das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel.

Das 1979 geschaffene RASFF ermöglicht einen effizienten Informationsaustausch zwischen seinen Mitgliedern (nationale Lebensmittelsicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, Kommission, EFSA, ESA, Norwegen, Liechtenstein, Island und der Schweiz) und bietet einen Rund-um-die-Uhr-Service, um sicherzustellen, dass dringende Mitteilungen gesendet, empfangen und beantwortet werden. Dank des RASFF konnten viele Risiken für die Lebensmittelsicherheit abgewendet werden, bevor sie für die europäischen Verbraucher schädlich hätten sein können. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Der Bericht für das Jahr 2018](#)

[Fact Sheet zum RASFF Bericht 2018](#)



Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung in Brüssel

Vom 16. bis zum 18. September 2019 konnte die Landesvertretung bereits zum siebten Mal seit 2013 die EU-Forschungsreferentinnen und -referenten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts zu einem zweitägigen Informations-Workshop begrüßen, den sie gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung anbietet. Ziel der Veranstaltung war es, direkten Kontakt mit Europäischen Akteuren und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Die Vortragsreihe begann zunächst mit einem Überblick über den Entwicklungsstand des nächsten Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa (HEUR). Ein Vertreter der Kommission (KOM) erklärte, dass bedeutende interinstitutionelle Verhandlungsfortschritte erzielt worden seien, sodass hauptsächlich eine Klärung der internationalen Zusammenarbeit, der Synergien mit anderen Programmen und des Budgets offen bleibe. Bedeutsam sei aktuell der sog. Planungsprozess, der eine Partizipation der Betroffenen an der Gestaltung der Arbeitsprogramme des Forschungsrahmenprogramms nach 2020 vorsehe. Hierzu habe man eine Konsultation gestartet, deren Rückmeldefrist nun auf den 4. Oktober verlängert worden sei. Ferner sei eine Mitwirkung im Rahmen von einschlägigen Workshops im Rahmen der Forschungs- und Innovationstage ([R&I-Days](#)) vom 24.–26. September möglich.

Ein weiterer Vertreter der Generaldirektion (GD) Forschung führte zur Berücksichtigung der Gesellschafts- und Sozialwissenschaften in den EU-Forschungsrahmenprogrammen aus. Obgleich deren Partizipation aktuell noch recht niedrig sei, habe die KOM das Problem erkannt und führe ein aktives Monitoring durch, um geeignete Maßnahmen zur Beteiligungserhöhung einzuführen.

Im Anschluss schilderte ein Vertreter der Forschungsexekutivagentur der KOM den aktuellen Stand der Gestaltung des Europäischen Innovationsrates (EIC). Die im Rahmen des EIC vorgesehenen Förderinstrumente sehen auch Verbundforschungsprojekte vor und passen ihre Finanzierungsmodalitäten an die Projektstrukturen an. Im Rahmen des aktuell laufenden EIC-Piloten habe man bereits etwa 250 Förderungen vergeben.

Eine Vertreterin der GD Forschung führte sodann zur geplanten Förderlinie „Europäische Innovationsökosysteme“ im nächsten Forschungsrahmenprogramm aus. Man plane einen umfassenden, inklusiven Ansatz für die Ökosysteme, um neue und relevante Stakeholder für erfolgsträchtige Lösungsansätze für sozioökonomische Herausforderungen entwickeln zu können.

Als weiteres innovations- und praxisrelevantes Thema wurde durch eine Vertreterin des Steinbeis-Europa-Zentrums in Stuttgart (SEZ) die konkrete Umsetzung der Vanguard Initiative in Baden-Württemberg geschildert. Das Land habe die praktische Implementierung an das auch für das Enterprise Europe Network zuständige SEZ übertragen. Politische Aktivitäten – wie etwa die Interessenvertretung auf EU-Ebene – werden durch das Wirtschaftsministerium wahrgenommen. Die Struktur der Vanguard Initiative erlaube die Bottom-up-Generierung neuer Demonstrationsprojekte innerhalb der verschiedenen Piloten in Funktion der Bedürfnisse und Kompetenzen der Akteure. Es seien daher weitere Schwerpunkte im Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Photonik geplant.



Ein Vertreter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU umriss sodann den Stand der interinstitutionellen Verhandlungen zum MFR und den Programmen nach 2020. Obwohl deutliche Fortschritte erzielt worden seien, gebe es noch einige Themenfelder, die verhandelt werden müssen. Aktuell konzentrierte man sich auf die Ermöglichung von Synergien zwischen dem Forschungsrahmenprogramm und anderen EU-Programmen. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 werde sich insbesondere auf die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums konzentrieren. Obgleich man hinsichtlich der neuen vorgeschlagenen Kommissarin für Innovation und Jugend sich nicht über die Bezeichnung freue, bewerte die Besetzung aber durchaus als positiv, da Mariya Gabriel ein Ruf der Durchsetzungsstärke und der Europaaffinität vorausseile. Zuletzt führte eine Vertreterin des UK Research Office in Brüssel zu den bestehenden und zukünftigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen britischen und europäischen Partnern auf Basis der aktuellen Rechtsgrundlagen und Ankündigungen der britischen Regierung aus. Das von der ehemaligen Premierministerin Theresa May verhandelte Austrittsabkommen sehe im Falle einer Ratifizierung die volle Partizipation von britischen Akteuren bis Ende 2020 an allen Programmen vor. Das britische Wissenschaftsministerium habe zudem in Absprache mit dem Finanzressort versprochen, dass man alle bis zum Austritt gestellten H2020-Anträge finanziell abdecken und danach die volle Partizipation an allen für Drittstaaten offenen EU-Programmen ermöglichen werde. Aufgrund der fachlichen Vortragsbreite und der positiven Rückmeldungen der Teilnehmer kann die Veranstaltung als gelungen betrachtet werden. Vorgesehen ist daher eine Folgeveranstaltung im Jahre 2020. • *df*

Bauhaus 100

15

Zwei neue Sonderausstellungen in Halle und Quedlinburg widmen sich dem Bauhaus-Thema: „Bauhaus Meister Moderne. Das Comeback“ und „Die Feiningers. Ein Familienbild am Bauhaus“.

„Sachsen-Anhalt ist das Bauhaus-Land“, sagte Staatssekretär Dr. Michael Schneider zur Eröffnung einer Veranstaltung in der LV Berlin. Auch im Programm der Landesvertretung spiele das Bauhaus-Jubiläum daher eine besondere Rolle. Die Landesvertretung stellte die zwei großen Sonderausstellungen in Halle und Quedlinburg vor.

Das **Kunstmuseum Moritzburg** zeigt ab Herbst die große Sonderausstellung "Bauhaus



3D Visualisierung des Entwurfs "Hängende Gärten" (Gesamtansicht) von Walter Gropius, 1927, Autoren: D. Ackermann, Ch. Fuhrmann, B. Hanisch, Abbildungen des Modells, November 2018 © B. Hanisch

Meister Moderne. Das Comeback" mit Meisterwerken aus internationalen Sammlungen. Thomas Bauer-Friedrich, Direktor des Kunstmuseums Moritzburg, erläuterte die Ausstellung, die zu einem der Höhepunkte im Jubiläumsjahr „100 Jahre Bauhaus“ zählt. "Das Comeback" versucht, die verlorene, 1937 als „entartet“ beschlagnahmte Sammlung der Moderne des Kunstmuseums Moritzburg wieder vollständig zu rekonstruieren. Die Ausstellung präsentiert in künstlermonografischen Kabinetten auch das Schaffen der fünf Bauhaus-Meister Wassily Kandinsky, Paul Klee, Lyonel Feininger, Oskar



Schlemmer und Georg Muche. Eine Virtual-Reality-Präsentation stellt die „Stadtkrone“ dar. Die Stadtkrone wurde 1927 von Walther Gropius entworfen. Sie war als ein monumentales Kultur- und Sportforum auf dem Lehmannsfelsen über der Saale gedacht und wurde nie gebaut. Die VR-Präsentation entstand in Zusammenarbeit mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle.

Info:

[Bauhaus Meister Moderne. Das Comeback](#), 29. September 2019 - 12. Januar 2020, Halle (Saale)

• *eag Quelle: Newsletter der LV Sachsen-Anhalt in Berlin Nr.97 2019*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019



Die Europäische Kommission hat am 30. August die 13. Ausgabe ihres Wettbewerbs „Juvenes Translatores“ für Schülerinnen und Schüler aus ganz Europa bekannt gegeben. Seit dem 2. September können sich Schulen aus allen EU-Mitgliedstaaten [online](#) anmelden, damit ihre Schüler sich EU-weit mit Gleichaltrigen messen können. In dem Text, den die teilnehmenden Jugendlichen diesmal übersetzen müssen, geht es um die Möglichkeiten junger Menschen, die Zukunft Europas mitzugestalten.

Die Teilnehmer können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Das ergibt 552 mögliche Sprachkombinationen. Im Vorjahr kamen insgesamt 154 Sprachkombinationen zum Einsatz.

Die Anmeldung für Schulen – die erste Phase des zweistufigen Registrierungsverfahrens – ist **bis zum 20. Oktober 2019**, 12.00 Uhr, möglich. Das Anmeldeformular liegt in jeder der 24 EU-Amtssprachen vor.



Im nächsten Schritt werden 751 Schulen zur nächsten Runde zugelassen. Die Anzahl der teilnehmenden Schulen aus jedem Land entspricht der Zahl der Sitze, die das Land im Europäischen Parlament erhalten hat. Die Schulen werden maschinell nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Die ausgewählten Schulen benennen in der Folge 2-5 Schüler/innen, die sie ins Rennen schicken. Die Nationalität spielt keine Rolle. Entscheidend ist der Geburtsjahrgang 2002.

Der Wettbewerb findet am 21. November 2019 zeitgleich in allen teilnehmenden Schulen statt. Ab diesem Jahr läuft der Wettbewerb online.

Die Gewinner/innen — 1 pro Land – werden Anfang Februar 2020 bekannt gegeben. Ihre Auszeichnungen erhalten sie im Frühjahr 2020 bei der Preisverleihung in Brüssel.

In der belgischen Hauptstadt können sich die Schüler/innen mit Übersetzer/innen der Europäischen Kommission, die ihre Arbeiten bewertet haben, über Sprache als Beruf austauschen.

Der Wettbewerb „Juvenes Translatores“ (Lateinisch für „junge Übersetzer“) wird seit 2007 alljährlich von der Generaldirektion Übersetzung der Kommission ausgerichtet. Er fördert das Erlernen von Fremdsprachen in der Schule und gewährt jungen Menschen Einblick in die Tätigkeit des Übersetzens. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Sekundarschüler. Er findet EU-weit zeitgleich an allen ausgewählten Schulen statt.

Für viele ehemalige Teilnehmer/innen war der Wettbewerb ausschlaggebend dafür, Fremdsprachen zu studieren und das Übersetzen zu ihrem Beruf zu machen. Der Wettbewerb ist eine willkommene Gelegenheit, die große sprachliche Vielfalt Europas zu würdigen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Nachwuchsübersetzer/innen: Kommission startet](#)

[Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019 / Juvenes-Translatores-Website](#)



Altiero-Spinelli –Preis - Wettbewerb um Wissen über die EU gestartet

Die Europäische Kommission hat den diesjährigen Wettbewerb um den „Altiero-Spinelli-Preis für Öffentlichkeitsarbeit“ gestartet. Damit werden seit 2017 Initiativen ausgezeichnet, die das



SPREADING
KNOWLEDGE
ABOUT EUROPE

#SPINELLIPRIZE



Wissen über die Europäische Union verbessern. In diesem Jahr steht insbesondere das Engagement junger Menschen im Fokus. Für erfolgreiche Projekte winkt ein Preisgeld von 25.000 Euro. Eingereicht werden können Bewerbungen zu innovativen Bildungsprogrammen, Informations- und Kommunikationskampagnen über die EU, Kooperationsprojekten zur Förderung der Beteiligung junger Menschen am demokratischen Prozess sowie zu Aktivitäten, die es jungen Menschen ermöglichen, die Vorteile der EU zu nutzen.

Der Altiero-Spinelli-Preis wird in diesem Jahr an bis zu sechzehn Projekte vergeben. An dem Wettbewerb können EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in der EU teilnehmen. Die **Bewerbungsfrist endet am 29. Oktober** 2019 um 17.00 Uhr. Die Preisverleihung soll im Frühjahr 2020 stattfinden.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 14/19*

[Website zum Altiero-Spinelli-Preis](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsgesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Experten auf dem Gebiet der Offshore-Windkraftanlagen und Gezeitenkraftanlagen gesucht Ein spanisches Technologiezentrum bereitet einen Projektvorschlag vor, der sich mit der Entwicklung und Verbesserung von Materialien für die Offshore-Windenergieerzeugung und Gezeitenkraftwerke befasst. Dies beinhaltet auch Fortschritte bei Materialien und funktionellen Beschichtungen, die darauf abzielen, Kapital-, Betriebs- und Wartungskosten zu senken. Gesucht werden Unternehmen und Organisationen, die Offshore-Plattformen betreiben oder an der Konstruktion und Produktion von Materialien für die Offshore-Wind- und Gezeitenenergieerzeugung beteiligt sind. Folgende Aufgaben können dabei übernommen werden: <ul style="list-style-type: none"> • Definition der spezifischen Anforderungen an die Materialverbesserung • Bereitstellung einer Offshore-Plattform für Testfälle • Herstellung von Prototypen für den Test • Definition von Kostenzielen und Entwicklung von wirtschaftlichen Berechnungen



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/7aec9a4b-6210-4602-b8b3-4f9accd021b5</p> <p>Referenznummer: RDES20190830001</p>
<p>Technologiesuch</p> <p>Litauen</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>Desinfektionstechnologie zur Abtötung von Bakterien und Pilzen auf rohem Kräuterteematerial gesucht</p> <p>Ein litauischer Hersteller von Kräutertees ist ein kleines Unternehmen und produziert hochwertige medizinische Kräutertees aus verschiedenen Kombinationen von rund 100 Pflanzenarten. Der Hersteller sucht eine Desinfektionstechnologie zur Abtötung von rohstoffkontaminierenden Bakterien und Pilzen. Die Technologie darf den Teecharakter der Rohstoffe nicht beschädigen.</p> <p>Eine Vereinbarung über die technische Zusammenarbeit wird mit Partnern angestrebt, die über Erfahrung in der Desinfektion von Lebensmitteln verfügen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/1da13d06-e3de-4d3a-9e1a-26d18432adb7</p> <p>Referenznummer: TRLT20190822001</p>
<p>Eurostars</p> <p>Korea</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>[Eurostars2] Partnergesuch für die Entwicklung von Vorläuferstoffen für ALD (Atomlagenabscheidung) Verfahren</p> <p>Ein staatlich gefördertes koreanisches Forschungsinstitut bereitet einen Projektantrag unter Eureka, Eurostar2 für 2020 vor. Das Hauptziel der Gemeinschaftsforschung soll ein kreatives hocheffizientes Dünnschichtverfahren sein unter Nutzung von Vorläufermaterialien (Precursor) für die Anwendung in Automobilen und verschleißender Anlagen. Zu diesem Zweck sucht das Institut Partner</p>



		<p>spezialisiert in der Entwicklung von Vorläufermaterialien für ALD Verfahren. Bevorzugt wird ein Unternehmen oder Forschungsinstitut mit chemisch-technologischer Ausrichtung für eine Forschungsvereinbarung gesucht.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9c817edd-f86d-4040-ba28-120f5e8aca86</p> <p>Referenznummer: RDKR20190909001</p>
--	--	--

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp - Reiserechte im Ausland selbst durchsetzen

Wenn bei einer Auslandsreise etwas schief läuft, zum Beispiel der Flug storniert wurde, die Bahn Verspätung hatte oder das Gepäck beschädigt wurde, können Reisende bestimmte Ansprüche geltend machen.

Bei einer Flugstornierung wäre das z. B. eine Entschädigung von mindestens 250 Euro pro Fluggast. Häufig kennen Betroffene aber ihre Rechte nicht bzw. wissen nicht, wie sie diese einfordern können. Die Internetseite selbsthilfe.evz.de des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) Deutschland hilft Reisenden, die mit Flugzeug, Bahn oder Fernbus unterwegs sind, bei Unregelmäßigkeiten ihre Rechte durchzusetzen. In mehreren Schritten werden alle wesentlichen Einzelheiten des Falles abgefragt und so die Rechtslage ermittelt.

Das Ergebnis ist ein maßgeschneiderter Musterbrief zur Vorlage beim Flug-, Bus- oder Bahnunternehmen.

Dieses Schreiben gibt es wahlweise auf Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch. Ein kurzes Video erklärt die Nutzung des Tools.

Wenn Reisende Ärger mit dem Mietwagen haben, z. B. weil die Kreditkarte wegen Schaden belastet wurde, die man nicht verursacht hat, bietet die Website eine Liste mit Antworten (FAQ) zu den häufigsten Problemen. Wer allein nicht zu seinem Recht kommt, kann sich kostenlos an das EVZ Deutschland wenden.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 14/19*

[Zur Website selbsthilfe.evz.de](http://selbsthilfe.evz.de)

22

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.



In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Um die Mehrsprachigkeit in Europa zu stärken und die Vielfalt von Sprachen und Kulturen wertzuschätzen, wurde auf Initiative des Europarats der Europäische Tag der Sprachen (European Day of Languages) eingeführt. Dieser wird jährlich am 26. September gefeiert und soll zudem interkulturelles Verständnis fördern und zu lebenslangem Sprachenlernen ermutigen.



1. Fast alle SchülerInnen lernen heute eine oder mehrere Fremdsprachen in der Schule. Auch durch Selbststudium oder Sprachgruppen lassen sich neue Sprachen lernen. Wie viel Prozent der europäischen BürgerInnen gaben 2012 an, ihre erste Fremdsprache täglich bzw. fast täglich zu nutzen?

- A) 7%
- B) 11%
- C) 24%

2. Die meisten der über 200 in Europa gesprochenen Sprachen lassen sich zu einer der folgenden drei Gruppen zuordnen: der romanischen, der slawischen oder der germanischen Sprachen. Welche der folgenden Sprachen gehören nicht zu derselben Sprachgruppe?

- A) Isländisch und Deutsch
- B) Italienisch und Portugiesisch
- C) Rumänisch und Bulgarisch

3. Deutsch wird von rund 100 Millionen MuttersprachlerInnen gesprochen. Aber in welchem Land lernen die meisten Menschen Deutsch als Fremdsprache?

- A) Polen
- B) Frankreich
- C) Russische Föderation



Lösung:

1. C) 2012 gaben laut Eurobarometer etwa 24% der befragten EU-BürgerInnen an, ihre erste Fremdsprache täglich oder fast jeden Tag zu nutzen. Fast genauso viele (23%) sagten aus, die erste Fremdsprache häufig, aber nicht täglich zu verwenden. 50% der Befragten beantwortete die Frage nach der Häufigkeit der Nutzung der ersten Fremdsprache mit gelegentlich. Sowohl die zweite als auch die dritte Fremdsprache wurde nur von einem sehr geringen Anteil der Befragten täglich genutzt (8% und 6%). Jedoch wurde angegeben, dass 65% ihre zweite und 69% ihre dritte Fremdsprache gelegentlich anwenden.

Genau Zahlen sowie weitere Fragen und Auswertungen zum Thema Sprachen in Europa können Sie unter folgendem Link einsehen:

https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_386_de.pdf

2. C) Genau wie Italienisch und Portugiesisch ist auch Rumänisch eine romanische Sprache. Bei den romanischen Sprachen handelt es sich um eine Sprachfamilie mit einer gemeinsamen Vorläufersprache: Latein. Hingegen lässt sich Bulgarisch in die Gruppe der slawischen Sprachen einordnen. Weitere Beispiele der rund 20 slawischen Sprachen sind Serbisch, Kroatisch oder Russisch. Sowohl Isländisch als auch Deutsch gehören zu den germanischen Sprachen. Die etwa 15 germanischen Sprachen werden von rund 500 Millionen MuttersprachlernInnen gesprochen. Die sprecherreichste germanische Sprache weltweit ist Englisch (rund 330 Millionen MuttersprachlerInnen), aber auch Sprachen wie Niederländisch oder Afrikaans lassen sich in diese Sprachgruppe einordnen.

24

3. A) Laut Datenerhebungen des Goethe-Instituts gab es 2015 in Polen rund 2,3 Millionen Deutschlernende, 2,1 Millionen davon an Schulen, so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der engen kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vernetzung Deutschlands und Polens. Zum anderen steigern gute Deutschkenntnisse der polnischen BewerberInnen die Berufschancen in deutschen Firmen in Polen und Deutschland. Auch eine Vielzahl von Austausch- und Studienprogrammen führt zu mehr Motivation, Deutsch als Fremdsprache zu lernen. Hingegen lernten 2015 in Frankreich nur etwa 1 Millionen und in Russland etwa 1,1 Millionen SchülerInnen Deutsch.

Mehr Informationen über Deutsch als Fremdsprache finden Sie hier:

<https://www.goethe.de/de/spr/eng/dlz.html>

Einer der besten Wege, um eine Fremdsprache fließend sprechen zu lernen ist ein Auslandsaufenthalt. GOEUROPE! berät junge Menschen aus Sachsen-Anhalt zu ihren Möglichkeiten ins Ausland zu gehen. Einfach unter info@goeurope-lsa.de einen Termin ausmachen.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Heike Zembrod (HZ)	Hospitantin	...38	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

